

# Jubelt nicht zu früh

Damit das Klimaabkommen von Paris wirken kann, müssen Öl und Kohle teurer werden

VON CLAUD HECKING



Euphorie in Paris: Klimadiplomatin Laurence Tubiana, UN-Klimachefin Christiana Figueres, UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, Gipfelchef Laurent Fabius und Frankreichs Präsident François Hollande (von links)

Montagmorgen, der erste Handelstag an den Börsen, nachdem 195 Nationen die Rettung der Welt gelobt haben. Zeitungen und Websites zeigen die Bilder von der Verkündung des Pariser Klimaabkommens: von Ministern aus allen Teilen der Erde, die einander in die Arme fallen und sich sogar mit den Security-Leuten abklatschen. Da eröffnet in London die Rohstoffbörse ICE, stürzt der Ölpreis auf den tiefsten Stand seit sieben Jahren. Schon haben die Klimaschützer ein neues Problem.

Das Zeitalter der fossilen Brennstoffe geht nun auch an den Finanzmärkten zu Ende, könnte man intuitiv meinen. Und doch feiern nicht einmal Umweltaktivisten den seit Monaten anhaltenden Verfall der Öl- und Kohlepreise. Im Gegenteil: Der Kurseinbruch vom Montag, so schreibt das Finanzportal Breakingviews, »nimmt dem Klimadeal seinen Glanz«. Denn kaum etwas ist für die in Paris beschlossene globale Energie- und Kohlepreise so billig wie seit Jahren nicht.

»Historisch«, »einzigartig«, »bahnbrechend«: Solche Adjektive sollte man sparsam einsetzen. Aber wann kommt schon mal ein Vertrag zustande, den Russland und die Ukraine ebenso einig mittragen wie Israel und der Iran oder der von Überflutung bedrohte Inselstaat Tuvalu und der weltgrößte Erdölexporteur Saudi-Arabien? Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind Klimawandel hat sie alle zusammengebracht.

Das Paris-Abkommen ist die Kündigungserklärung an ein Modell, das der Menschheit seit dem Beginn der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert stetigen Fortschritt, Wachstum und teils auch Wohlstand beschert hat: die Verbrennung von Kohle, Öl und Erdgas. In ihrem Pariser Pakt umreißen die Politiker aber nur die Rahmenbedingungen. Die Umsetzung der guten Vorsätze vertrauen sie der unsichtbaren Hand an: der Wirtschaft. Ob dieses Kalkül aufgeht, ist ungewiss. Denn die Drogen, von denen sich Industrie, Investoren und Konsumenten entöhnen sollen, gibt es gerade im Sonderangebot.

Der Gipfelbeschluss erinnert an Erklärungen der Europäischen Zentralbank (EZB). Er ist oft unkonkret – und doch eine klare Botschaft an die Wirtschaft. Auf dem Höhepunkt der Euro-Krise sagte EZB-Chef Mario Draghi, er werde zur Rettung der gemeinsamen Währung »alles Notwendige tun« – und sorgte so dafür, dass Finanzströme umgelenkt wurden. Denselben Effekt erhoffen sich die Politiker vom Klima-Abkommen. »Die Parteien streben an, so schnell wie möglich den Höhepunkt der Treibhausgasemissionen zu erreichen«, heißt es dort etwa. Solche Formulierungen sollen die Energie- und Mobilitätsindustrie dazu bringen, ihre Milliarden aus den fossilen Brennstoffen abzuziehen und in klimaschonende Technologien zu investieren. Damit diese Kohle, Öl und Gas ersetzen können.

Weltbank-Chef Jim Yong Kim nennt das Abkommen von Paris einen »game changer«, der die Spielregeln für die Wirtschaft neu definiert. »Keine Branche auf der Erde kann sich noch erlauben, den Klimawandel zu ignorieren.« Die Industrie hört die Signale. »Dieses Abkommen leitet den Übergang vom Kohlenstoffzeitalter zu einer Wirtschaft des niedrigen Treibhausgasausstoßes ein«, sagt Edward Cameron von We Mean Business. Das Lobbybündnis hat auf dem

Klimagipfel die Interessen von mehr als 350 Konzernen mit einem vereinten Jahresumsatz von 7300 Milliarden US-Dollar vertreten, unter ihnen Google, General Electric, SAP und Shell. »Für die Unternehmen geht es nicht so sehr um die moralischen Fragen«, sagt Cameron, »sondern darum, was die Veränderungen für ihr Geschäft bedeuten.«

Schließlich basierten Investitionen maßgeblich auf politischen Rahmenbedingungen, und nun herrsche der Eindruck vor, dass eine Entwicklung mit niedrigen Emissionen hohe Priorität für die Politiker habe. »Wir werden einen massiven Stimulus der Wirtschaft für klimafreundliche Technologien erleben«, prognostiziert Cameron. Dies könnte sogar der Beginn eines neuen Wirtschaftszyklus werden.

Auch das Großkapital steht bereit für die Finanzierung der Energie- und Kohlepreise. »Investoren brauchen Klarheit für ihre Entscheidungen. Dieses Abkommen ist ein unmissverständliches Signal, die Entwicklung einer emissionsarmen Infrastruktur zu unterstützen«, sagt Stephanie Pfeifer, Geschäftsführerin der Institutional Investors Group on Climate Change (IIGCC). 120 Großanleger wie der weltgrößte Vermögensverwalter Blackrock, die Deutsche-Bank-Tochter Deutsche Asset and Wealth Management oder die Schweizer Bank UBS sind in diesem Netzwerk zusammengeschlossen; zusammen legen sie mehr als 13 Billionen Euro an.

»Unsere Mitglieder werden von ihnen finanzierte Unternehmen fragen: »Wie sind Sie für die Energie- und Kohlepreise positioniert?«, sagt Pfeifer.

Die Investmentbank Goldman Sachs hat gerade bekannt gegeben, sie werde bis 2025 insgesamt 150 Milliarden Dollar in emissionsarme Energietechnologien investieren. Andere Wallstreet-Häuser wie Morgan Stanley oder die niederländische Ing-Diba wollen der Kohleindustrie deutlich weniger oder gar keine Kredite mehr geben – wohl auch aus Eigennutz. »Wenn Sie in der Fossilindustrie investiert sind und 195 Länder sagen, dass sie dekarbonisieren wollen, bedeutet das Risiken für Ihr Portfolio«, sagt IIGCC-Geschäftsführerin Pfeifer.

Noch aber sind weltweit über 2000 Kohlekraftwerke in Planung. Viele davon sind besonders dreckige Billigmeiler mit veralteter Technologie. Sie verbrennen für dieselbe Menge Energie mehr Kohle als moderne Kraftwerke, aber je weniger der Brennstoff kostet, desto attraktiver sind sie für die Betreiber. »Ich mache mir keine Sorgen um den Siegeszug der erneuerbaren Energien«, sagt der Klimaökonom Ottmar Edenhofer, Direktor des Berliner Instituts MCC. »Meine Furcht ist, dass zugleich die Verbrennung von Kohle weiter steigt, weil der Rohstoff so billig ist.«

Die Folgen der niedrigen Preise sind bereits spürbar. In den USA und China steigen die Absatzzahlen von besonders PS-starken spritschluckenden Autos. Und in Deutschland steigt neuerdings wieder die Nachfrage nach Ölheizungen. »Niedrige Preise fossiler Brennstoffe können Innovationen und die Einführung von saubereren Energietechnologien verhindern«, mahnt der Internationale Währungsfonds.

Das beste Gegenmittel, das sich die meisten Klimaschützer einig wären staatliche Preisaufschläge für die Emission von Treibhausgasen wie Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). Das kann durch eine Steuer geschehen oder durch einen Handel mit Verschmutzungsrechten, wie ihn die EU seit einigen Jahren hat. In vielen anderen Regionen

der Welt kostet es aber noch gar nichts, die Luft zu verschmutzen – obwohl saubere Luft ein knappes Gut ist und daher aus ökonomischer wie ökologischer Sicht einen Preis haben müsste.

Ein CO<sub>2</sub>-Preis hätte drei Vorteile, wirbt Edenhofer. »Er fördert die regenerativen Technologien, bestraft Energieträger mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß und verschafft den Finanzministern neue Einnahmen.« Dass auch sie am Klimaschutz verdienen können, weckt das Interesse vieler Regierungen. Mehr als 90 Staaten hegen laut Weltbank bereits Pläne für eine Kohlenstoffbesteuerung.

Auch viele Wirtschaftsbetriebe machen sich für die Zusatzabgabe stark. Ein Zusammenschluss

deutscher Unternehmen, unter ihnen adidas, Aldi Süd, die Commerzbank und der Energieversorger EnBW, verlangt, den EU-Emissionshandel strenger zu gestalten und Emissionszertifikate zu verknappen, was den Preis für CO<sub>2</sub> erhöhen würde. Am bemerkenswertesten ist aber wohl die Forderung von BP, Shell und vier anderen europäischen Ölmultis nach einem CO<sub>2</sub>-Preis. Sie wollen die Kohle bei der Stromerzeugung durch emissionsärmeres Erdgas ersetzen.

In Paris war die Einführung einer globalen CO<sub>2</sub>-Steuer noch kein ernsthaftes Thema. Zu groß war der Widerstand von Brennstoffexporteuren wie Saudi-Arabien, Russland oder Venezuela. Immerhin

aber erwähnt das Abkommen die Möglichkeit einer Bepreisung. Und Frankreichs Präsident François Hollande sagte, er könne sich vorstellen, dass bis 2020 alle 20 führenden Industrie- und Schwellenländer (G 20) CO<sub>2</sub>-Preissysteme einführen werden.

Im September 2016, beim nächsten G-20-Gipfel in Hangzhou, wird das Thema weit oben auf der Tagesordnung stehen. Dafür wird schon der Gastgeber sorgen: China, der weltgrößte Treibhausgasemittent, plant für 2017 den Start eines landesweiten Handels mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten.

➔ Weitere Informationen im Internet: [www.zeit.de/klimawandel](http://www.zeit.de/klimawandel)

## Das Ergebnis

Das Paris-Abkommen ist der erste internationale Vertrag, in dem Industrie- und Schwellenländer gemeinsam erklären, ihre Treibhausgasemissionen einzudämmen. Ziel ist es, die Erwärmung der Erde gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter möglichst auf 1,5 Grad, maximal aber auf 2 Grad Celsius zu beschränken. Grundlage des Abkommens sind freiwillige Klimaschutzpläne, welche 186 Staaten zur Konferenz eingereicht haben. Selbst wenn sämtliche Staaten diese Versprechen einhalten sollten, würde das 2-Grad-Ziel klar verfehlt. Daher sieht das Abkommen vor, dass die Staaten von 2020 an alle fünf Jahre neue oder überarbeitete Pläne einreichen müssen, in denen sie ihre Anstrengungen nachbessern.

traktiver sind sie für die Betreiber. »Ich mache mir keine Sorgen um den Siegeszug der erneuerbaren Energien«, sagt der Klimaökonom Ottmar Edenhofer, Direktor des Berliner Instituts MCC. »Meine Furcht ist, dass zugleich die Verbrennung von Kohle weiter steigt, weil der Rohstoff so billig ist.«

## Zum 25. Jubiläum: 1,25% p.a.<sup>1</sup> aufs Tagesgeld.



[www.volkswagenbank.de](http://www.volkswagenbank.de)

### Das Plus Konto TopZins auf einen Blick:

- ➔ 1,25% Jubiläumsszinsen p.a.<sup>1</sup> für bis zu 100.000,- Euro für vier Monate ab Kontoeröffnung für Neukunden
- ➔ Freie Verfügbarkeit des Guthabens
- ➔ Gebührenfreie Kontoführung

Dies ist ein Angebot der Volkswagen Bank GmbH.

### Wir sind für Sie da:

Service-Telefon 0531 212-859503  
Montag bis Freitag: 8.00 bis 20.00 Uhr  
Samstag: 9.00 bis 15.00 Uhr  
[www.volkswagenbank.de/tagesgeld](http://www.volkswagenbank.de/tagesgeld)

## Volkswagen Financial Services

Bank. Leasing. Versicherung. Mobilität.\*



<sup>1</sup> Für bis zu 100.000,- Euro für vier Monate ab Kontoeröffnung. Angebot für Neukunden, die in den letzten zwölf Monaten kein Tagesgeldkonto (Plus Konto, Orderkonto oder Kreditkartenkonto) bei der Volkswagen Bank bzw. der Audi Bank unterhielten. Je Kunde kann nur ein Plus Konto TopZins eröffnet werden. Nach Ablauf des Aktionszeitraumes gelten für die gesamte Einlage die dann gültigen Plus Konto Zinsen. Stand: Dezember 2015

\* Die Tochtergesellschaften der Volkswagen Financial Services AG erbringen unter der gemeinsamen Geschäftsbezeichnung „Volkswagen Financial Services“ Bankleistungen (durch Volkswagen Bank GmbH), Leasingleistungen (durch Volkswagen Leasing GmbH), Versicherungsleistungen (durch Volkswagen Versicherung AG, Volkswagen Autoversicherung AG) und Mobilitätsleistungen (u. a. durch Volkswagen Leasing GmbH). Zusätzlich werden Versicherungsprodukte anderer Anbieter vermittelt.